

# Beschlussvorlage

2022/GVBre/058

öffentlich

# Gemeinde Bredenfelde

## Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Bredenfelde für das Haushaltsjahr 2022

<i>Organisationseinheit:</i> Kämmerei <i>Bearbeiter:</i> Katrin Stegemann	<i>Datum</i> 20.10.2022 <i>Einreicher:</i>
--	--

<i>Beratungsfolge</i> Gemeindevertretung Bredenfelde (Entscheidung)	<i>Geplante Sitzungstermine</i> 03.11.2022	<i>Ö/N</i> Ö
---	---	-----------------

### Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung beschließt das Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Bredenfelde für das Haushaltsjahr 2022 und Folgejahre.

### Sachverhalt

Erläuterung siehe Haushaltssicherungskonzept

### Finanzielle Auswirkungen:

Ja	Nein		
1. Gesamtkosten der Maßnahmen (Beschaffungs-/ Herstellungskosten ) €	2. Jährliche Folgekosten/ - lasten €	3. Finanzierung/ Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf) €	4. Einmalige oder jährliche laufende Haushaltsbelastung (Mittelabfluss, Kapitaldienst, Folgekosten ohne kalkulatorische Kosten) €
Veranschlagung im Ergebnishaushalt im HH-Jahr: Sachkonto:	Veranschlagung im Finanzhaushalt im HH-Jahr: Finanzkonto:		Keine Veranschlagung

### Anlage/n

1	HSK 2022 der Gemeinde Bredenfelde (öffentlich)
---	--

**Fortschreibung des  
Haushaltssicherungskonzeptes der  
Gemeinde Bredenfelde**

**2022 – 2025**

---

## Inhalt

1. Gesetzliche Grundlagen .....	2
2. Darstellung der aktuellen Haushaltslage.....	2
2.1. Haushaltssatzung 2022.....	2
2.2. Entwicklung der Haushaltswirtschaft .....	4
3. Analyse und Ursachen der Haushaltssituation.....	6
3.1 Entwicklung Einwohner .....	6
3.2. Schlüsselzuweisungen .....	7
3.3. Entwicklung Amtsumlage und Kreisumlage.....	8
3.4. Einführung des NKHR M-V.....	9
3.5. Entwicklung der Gewerbesteuer.....	9
4. Zielsetzung, Bindungswirkung und Handlungsfelder .....	12
4.1. Zielsetzung.....	12
4.2. Bindungswirkung.....	12
4.3. Handlungsfelder .....	13
5. Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung.....	14
5.1. Umsetzung der Konsolidierungsvorschläge 2020/2021 .....	15
5.1.1. Erträge und Einzahlungen .....	15
5.1.2. Aufwendungen und Auszahlungen .....	17
5.1.2.1. Die folgenden Übersichten stellen ausgewählte Bewirtschaftungsaufwendungen/ -auszahlungen dar. ....	19
5.2. Kapitalentnahme aus stadt eigenen Gesellschaften ab 2022... Fehler! Textmarke nicht definiert.	
5.3. Anpassung der Hebesätze für die Realsteuern .....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
5.4. Personalaufwendungen / -auszahlungen.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
5.5. Übersicht über freiwillige Leistungen .....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
6. Investitionen.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
7. Noch nicht umgesetzte Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
8. Konsolidierung bis 2025.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
9. Konsolidierungshilfen nach § 27 FAG M-V .....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
10. Fazit und Ausblick.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.



## 1. Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 43 Abs. 1 KV M-V hat die Gemeinde Bredenfelde ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben unter Beachtung der Generationengerechtigkeit nachhaltig gesichert ist.

Der Ergebnishaushalt und der Finanzhaushalt sind in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung auszugleichen (Haushaltsausgleich gem. § 43 Abs. 6 KV M-V).

Kann der Haushaltsausgleich nach Absatz 6 trotz Ausnutzung aller Sparmöglichkeiten sowie Ausschöpfung aller Ertrags- und Einzahlungsmöglichkeiten nicht erreicht werden, ist ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen, in dem die Ursachen für den unausgeglichenen Haushalt beschrieben und Maßnahmen dargestellt werden, durch die der Haushaltsausgleich und eine geordnete Haushaltswirtschaft auf Dauer sichergestellt werden. Der Zeitraum, innerhalb dessen der Haushaltsausgleich erreicht werden soll, ist zu benennen.

Mit dem Schreiben des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg - Vorpommern vom 29.11.2021, Orientierungsdaten zum Kommunalen Finanzausgleich 2022 für die Haushaltsplanung 2022, wurden die Grundlagen für die Planung des Haushaltsjahres 2022 und teilweise der Folgejahre bekanntgegeben.

## 2. Darstellung der aktuellen Haushaltslage

### 2.1. Haushaltssatzung 2022

Die Aufstellung des Haushaltes 2022 erfolgte auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) vom 25.02.2008 (GVOBl. M-V S. 34), zuletzt geändert durch Art. 13 der Verordnung vom 09.04.2020 (GVOBl. M-V S. 166, 181) und des Orientierungsdatenerlasses vom 29.11.2021.

Trotz umfangreicher Sparmaßnahmen und der bereits eingearbeiteten Konsolidierungsmaßnahmen dieses Konzeptes gelang die Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltes (weder Ergebnis- noch Finanzhaushalt) für das Haushaltsjahr 2022 und Folgejahre nicht:

### Finanzhaushalt

Der Finanzhaushalt ist nach § 16 Abs. 2 GemHVO-Doppik unter Berücksichtigung von vorzutragenden Beträgen aus Haushaltsvorjahren ausgeglichen, wenn kein negativer Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen besteht.

Der Finanzhaushalt weist im Haushaltsjahr 2022 unter Berücksichtigung von vorzutragenden Beträgen einen Fehlbetrag von 105.175 € aus.

<b>Finanzhaushalt</b>	<b>2022</b>
	in €
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	13.024
Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen	-114.800
Planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen	3.400
<b>Haushaltsausgleich Finanzhaushalt</b>	<b>-105.175</b>
<b>Fehlbetrag ohne Haushaltsvorjahre</b>	<b>-118.200</b>

### Ergebnishaushalt

Nach § 16 Absatz 1 GemHVO-Doppik ist der Haushalt in der Planung ausgeglichen, wenn der Ergebnishaushalt unter Berücksichtigung von noch nicht ausgeglichenen Fehlbeträgen aus Haushaltsvorjahren mindestens ausgeglichen ist. Bei der Ermittlung des Haushaltsausgleiches sind Fehlbeträge aus Haushaltsjahren mit einer kameralen Rechnungslegung nicht zu berücksichtigen. Der Ergebnishaushalt weist im Jahr 2022 einen Fehlbetrag von 133.900 € aus. Der Fehlbetrag beträgt unter Berücksichtigung der Vorträge aus Vorjahren 224.533 €.

Der Ergebnishaushalt der Gemeinde Bredenfelde weist bis zum Jahr 2025 mit Ausnahme des Jahres 2020 einen negativen Betrag aus. Damit kann der Vermögensverzehr aus der Abnutzung des Anlagevermögens nicht erwirtschaftet werden. Die Gemeinde Bredenfelde wird voraussichtlich den Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt gemäß § 16 GemHVO-Doppik M-V bis 2025 nicht erzielen.

Lfd.		Jahr	Jahresergebnis	Jahresergebnis je Einwohner (Stand 31.12.2020)
			(in €)	
		1	2	3
<b>1.</b>	<b>Aus Haushaltsjahren vorzutragende Beträge</b>			
1.1.	weitere Haushaltjahre Ergebnis in Summe	vor 2020	-41.498,63	-224,32
1.2.	2. Haushaltsvorjahr (vorläufiges Ergebnis)	2020	23.165,40	125,22
1.3.	1. Haushaltsvorjahr (Plan)	2021	-72.300	-390,81
2.	Ansatz des Haushaltsjahres	2022	-133.900	-715,68
3.	Summe/Saldo zum Ende des Haushaltsjahres	2022	-224.533	-1.205,59

## 2.2. Entwicklung der Haushaltswirtschaft

Am Ende des Finanzplanungszeitraums beträgt der Fehlbetrag inkl. Vorträgen 364.433 €. Die Verluste konnten mit der zweckgebundenen Kapitalrücklage aus investiven Schlüsselzuweisungen gemäß § 18 Absatz 2 GemHVO-Doppik nicht kompensiert werden. Insoweit ist weder im laufenden Haushaltsjahr noch zum Ende des Finanzplanungszeitraumes der Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt gegeben. Für die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2025 ergibt sich folgendes Bild:

Lfd.		Jahr	Jahresergebnis	Jahresergebnis je Einwohner (Stand 31.12.2020)
			(in €)	
		1	2	3
<b>4.</b>	<b>Ansätze der Haushaltsfolgejahre</b>			
4.1.	1. Haushaltsfolgejahr	2023	-46.500	-251,35
4.2.	2. Haushaltsfolgejahr	2024	-46.600	-251,89
4.3.	3. Haushaltsfolgejahr	2025	-46.800	-252,97
5.	Summe/Saldo zum Ende des Haushaltsjahres	2025	-364.433	-1.969,90

Der Ergebnishaushalt weist in den Jahren 2022 bis 2025 einen Jahresfehlbetrag vor Veränderung der Rücklagen von durchschnittlich 68.450 € aus.

Durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage kann der Jahresfehlbetrag nur geringfügig gesenkt werden. Bei der Entnahme aus der Kapitalrücknahme handelt es sich um Beträge, die der Kapitalrücklage aus investiv gebundenen Zuweisungen ab dem 1. Januar 2008,

frühestens ab dem Zeitpunkt der Umstellung auf die Doppik, zugeführt worden sind. Diese können gemäß § 18 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO-doppik zur Deckung von Jahresfehlbeträgen eingesetzt werden, soweit sie durch planmäßige Abschreibung auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens entstanden sind, den Abschreibungen keine korrespondierenden Erträge durch die Auflösung von Sonderposten zum Anlagevermögen gegenüberstehen und das Eigenkapital durch die Entnahme innerhalb des Finanzplanungszeitraumes nicht negativ wird.

Sowohl der Jahresfehlbetrag, als auch die Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage aus investiv gebundenen Zuweisungen (Konto 4922) verringern das Eigenkapital der Gemeinde Bredenfelde, welches gemäß Haushaltssatzung 2022 zum 31.12.2022 voraussichtlich bei 167.199 € liegt. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Gemeinde Bredenfelde über ein strukturelles Defizit im Ergebnishaushalt verfügt, welches im Rahmen der Haushaltskonsolidierung abzubauen ist.

### Finanzhaushalt

Der Finanzhaushalt stellt die Investitions- und Finanzierungstätigkeit der Gemeinde Bredenfelde dar und bestimmt, ob sie ihren Zahlungsverpflichtungen dauerhaft nachkommen kann. Gleichzeitig gibt der Finanzhaushalt Auskunft über den Kreditbedarf der Gemeinde und liefert die wichtigsten Daten für die Finanzstatistik. Im Haushalt 2022 weist der Finanzhaushalt der Gemeinde Bredenfelde einen Fehlbetrag von 118.200 € aus. Dieser wird in die folgenden Haushaltsjahre übertragen und erschwert dadurch zusätzlich den Haushaltsausgleich. Ursächlich für dieses Defizit ist im Wesentlichen der negative Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus der Verwaltungstätigkeit der Gemeinde.

Finanzhaushalt	2022	2023	2024	2025
	in €			
Saldo laufende Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	13.024	-105.175	-136.075	-167.075
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (ohne Tilgung)	-114.800	-24.700	-27.500	-27.700
Planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen	3.400	3.500	3.500	3.600
<b>Haushaltsausgleich Finanzausgleich</b>	<b>-105.175</b>	<b>-136.075</b>	<b>-167.075</b>	<b>-198.375</b>
Strukturelles Defizit	-118.200	-30.900	-31.000	-31.300
	Ø -52.850			

### 3. Analyse und Ursachen der Haushaltssituation

Im Haushaltsjahr 2012 erfolgte der Umstieg des Rechnungswesens auf kommunale Doppik. Bei der Analyse der Haushaltssituation der Gemeinde konnte ein Vergleich mit den kamerale Daten der Haushaltsvorjahre nicht immer vorgenommen werden, da sich die kamerale Ansätze mit den Ansätzen der doppelischen Produktsachkonten nur bedingt vergleichen lassen.

#### 3.1 Allgemeine Angaben zur Gemeinde

Die Einwohnerzahl der Gemeinde Bredenfelde ist in den Jahren 2017 – 2020 rückläufig.

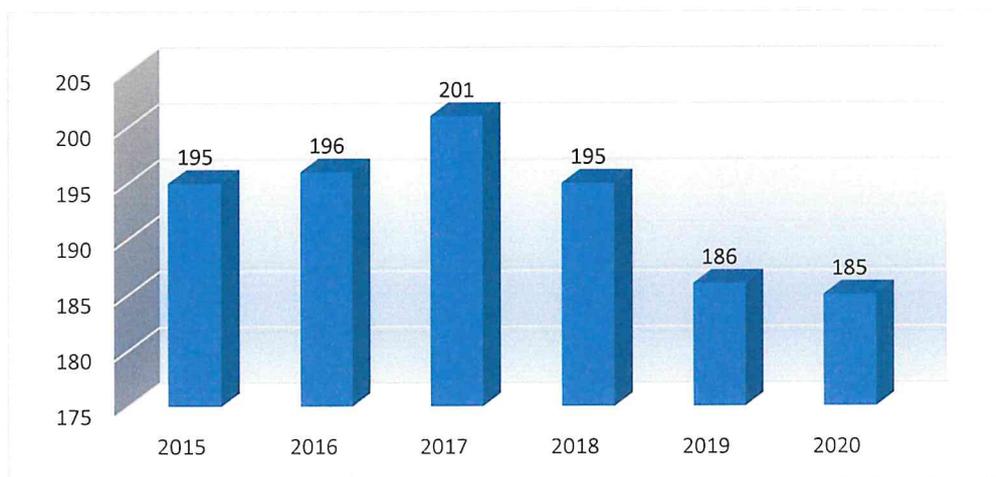
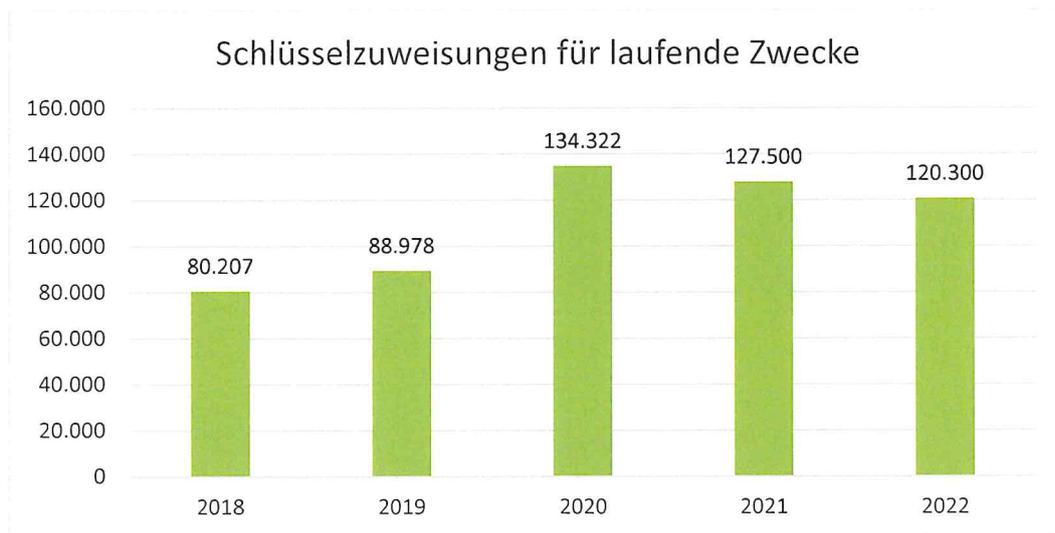


Abbildung: Einwohnerzahl der Gemeinde Bredenfelde zum 31.12.

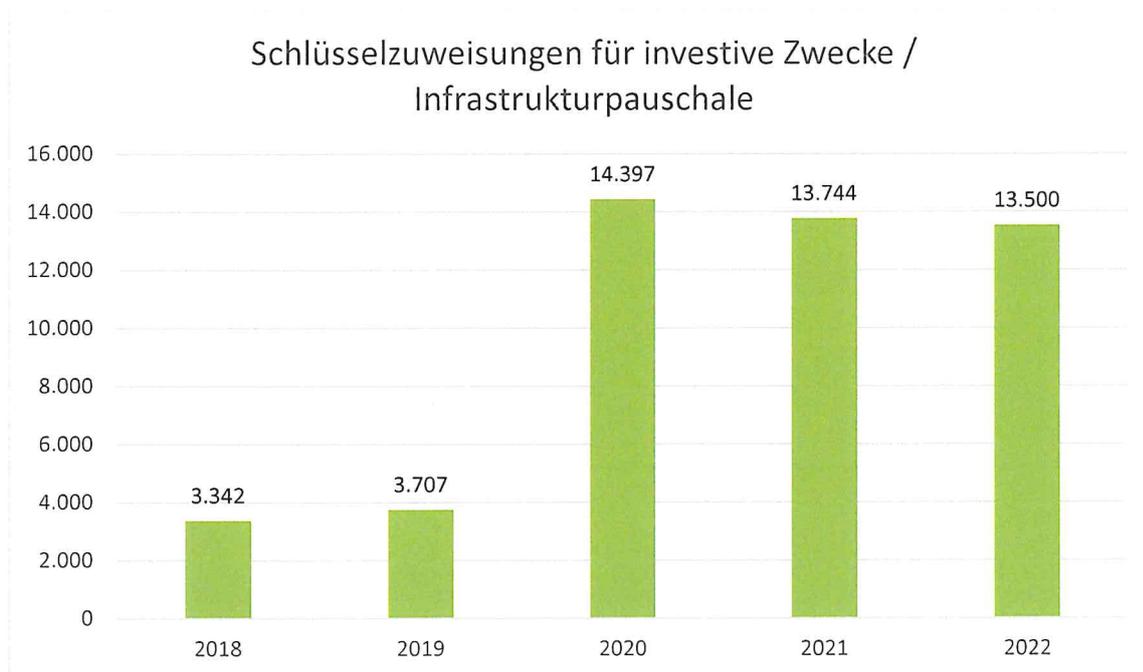
Gemeindegröße	858 ha
Anzahl der gemeindlichen unbebauten Grundstücke	19 (inkl. 4 Waldgrundstücke) Buchwert: 84.540 €
Anzahl der gemeindlichen Mietwohnungen	12
- davon Leerstand (Stand 06/2022)	3

### 3.2. Schlüsselzuweisungen

Schlüsselzuweisungen sind Finanzausstattungen des Landes an die kreisangehörigen Gemeinden, die kreisfreien Städte und die Landkreise. Sie dienen dazu, die Kommunen mit finanziellen Mitteln auszustatten, die Finanzausstattung steuerschwacher und steuerstarker Kommunen anzunähern und die Kommunen gegen Schwankungen der Einnahmen abzusichern. Schlüsselzuweisungen dienen der Verringerung der Steuerkraftunterschiede zwischen den Kommunen. Die Höhe der Schlüsselzuweisungen an die Gemeinde Bredenfelde bemisst sich im Verhältnis zu den anderen kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten nach ihrer Steuerkraft und ihrem auf die Einwohner errechneten Finanzbedarf.



Im Haushaltsjahr 2022 erhält die Gemeinde Bredenfelde Schlüsselzuweisungen in Höhe von 120.300 €. Das sind 7.200 € weniger gegenüber dem Vorjahr.



Mit der Neufassung des Finanzausgleichgesetz (FAG) fallen die investiven Schlüsselzuweisungen ab dem Jahr 2020 weg. Die Gemeinden erhalten zukünftig Zuweisungen für die Infrastruktur die sowohl für laufende Unterhaltungsmaßnahmen als auch für Investitionen eingesetzt werden können. Im Jahr 2022 erhält die Gemeinde Bredenfelde eine Zuweisung in Höhe von 13.500 € für laufende Zwecke. Die Verbuchung erfolgt nicht investiv.

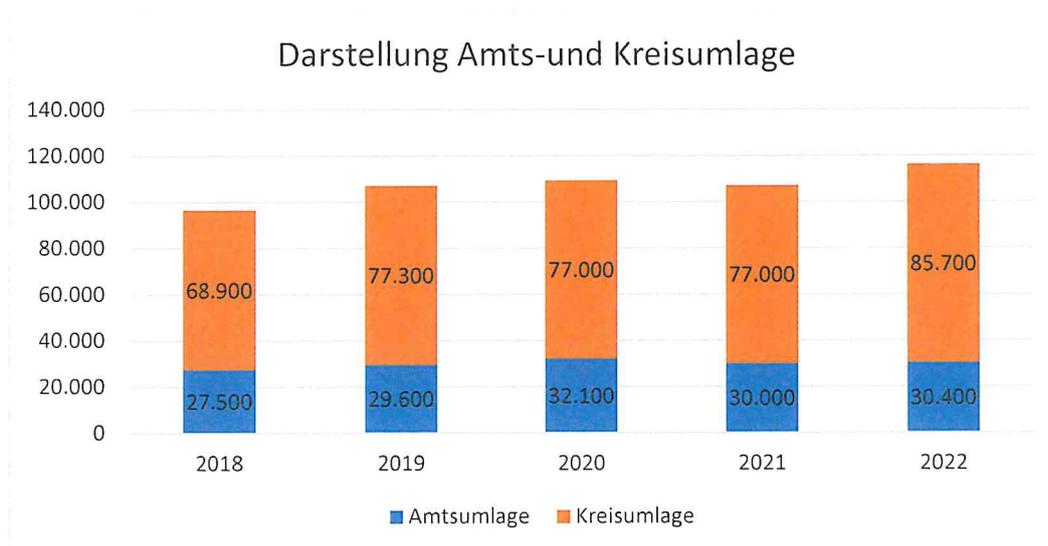
### 3.3. Entwicklung Amtsumlage und Kreisumlage

Die Kreisumlage und die Amtsumlage sind die von den kreisangehörigen Gemeinden an den Landkreis und das Amt zu zahlenden Umlagen zur Finanzierung von erbrachten öffentlichen Leistungen. Die Höhe der von der Gemeinde Bredenfelde zu entrichtenden Kreisumlage errechnet sich über die Multiplikation der Umlagegrundlage mit dem Umlagesatz. Die Höhe des Umlagesatzes wird vom Kreistag beschlossen und über die Haushaltssatzung festgesetzt. Die Umlagegrundlage basiert auf der gemeindlichen Steuerkraft und den gemeindlichen Schlüsselzuweisungen. In die Steuerkraft fließen die Steuerkraftzahlen für die Gewerbesteuer, der gemeindliche Einkommensteueranteil, die Grundsteuer A und B und der gemeindliche Umsatzsteueranteil ein.

Die Zahlung der Amtsumlage erfolgt auf Basis eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen der Reuterstadt Stavenhagen und den amtsangehörigen Gemeinden vom 18.02.2010.

Die Amtsumlage steigt im aktuellen Haushaltsjahr um 400 € auf insgesamt 30.400 €. Bei der Kreisumlage ist ebenfalls eine Steigerung von 8.700 € gegenüber 2021 zu verzeichnen. Ursache ist die Veränderung der Umlagegrundlagen.

Der Kreisumlagesatz beträgt im Jahr 2022 43,294 %.



### 3.4. Einführung des NKHR M-V

Das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen trägt zur Generationengerechtigkeit bei. Dies erfolgt insbesondere durch die Abbildung des Ressourcenverbrauches im Ergebnishaushalt. So belasten die nicht durch Sonderposten gedeckten Abschreibungen den Haushalt der Gemeinde Bredenfelde und erschweren den Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt.

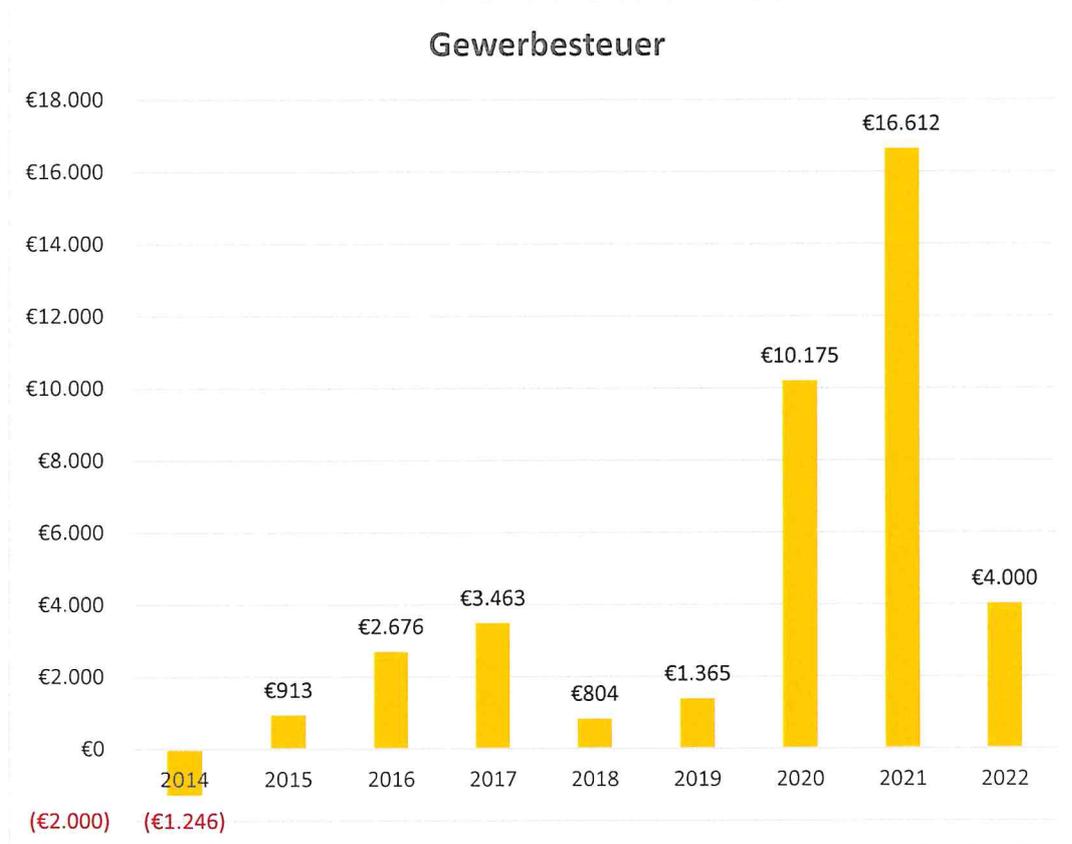
Abschreibungen sind zahlungsneutral und verursachen keine Auszahlungen. Im Ergebnishaushalt der Gemeinde Bredenfelde wurden Abschreibungen in Höhe von insgesamt 249.400 € geplant. Sonderposten wurden in Höhe von 62.200 € geplant, sodass die nicht durch Sonderposten gedeckten Abschreibungen 187.200 € betragen.

### 3.5. Entwicklung der Gewerbesteuer

Das Gewerbesteueraufkommen der Gemeinde Bredenfelde unterliegt seit dem Jahr 2014 starken Schwankungen.

Die geringen Steuereinnahmen belasteten den Haushalt enorm und sind Grund dafür, dass der Haushalt bisher nicht ausgeglichen werden konnte.

In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 ist ein Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen zu verzeichnen.



Entwicklung der Hebesätze der Gewerbsteuer

Jahr	Gemeinde Bredenfelde	Gewogener Durchschnittshebesatz Gemeinden unter 1.000 Einwohner
2016	320 v. H.	322 v. H.
2017	320 v. H.	327 v. H.
2018	350 v. H.	344 v. H.
2019	350 v. H.	344 v. H.
2020	365 v. H.	331 v. H.
2021	365 v. H.	338 v. H.
2022	365 v. H.	339 v. H.

Der Hebesatz der Gewerbsteuer beträgt im Jahr 2022 365 v. H. und liegt somit 26 Hebesatzpunkte über dem gewogenen Durchschnittshebesatz.

Entwicklung der Hebesätze der Grundsteuer A und B

Jahr	Gemeinde Bredenfelde		Gewogener Durchschnittshebesatz Gemeinden unter 1.000 Einwohner	
	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Grundsteuer A	Grundsteuer B
2016	325	375	282	354
2017	325	375	294	362
2018	325	400	314	368
2019	325	400	314	368
2020	340	410	319	375
2021	340	410	320	378
2022	340	410	329	386

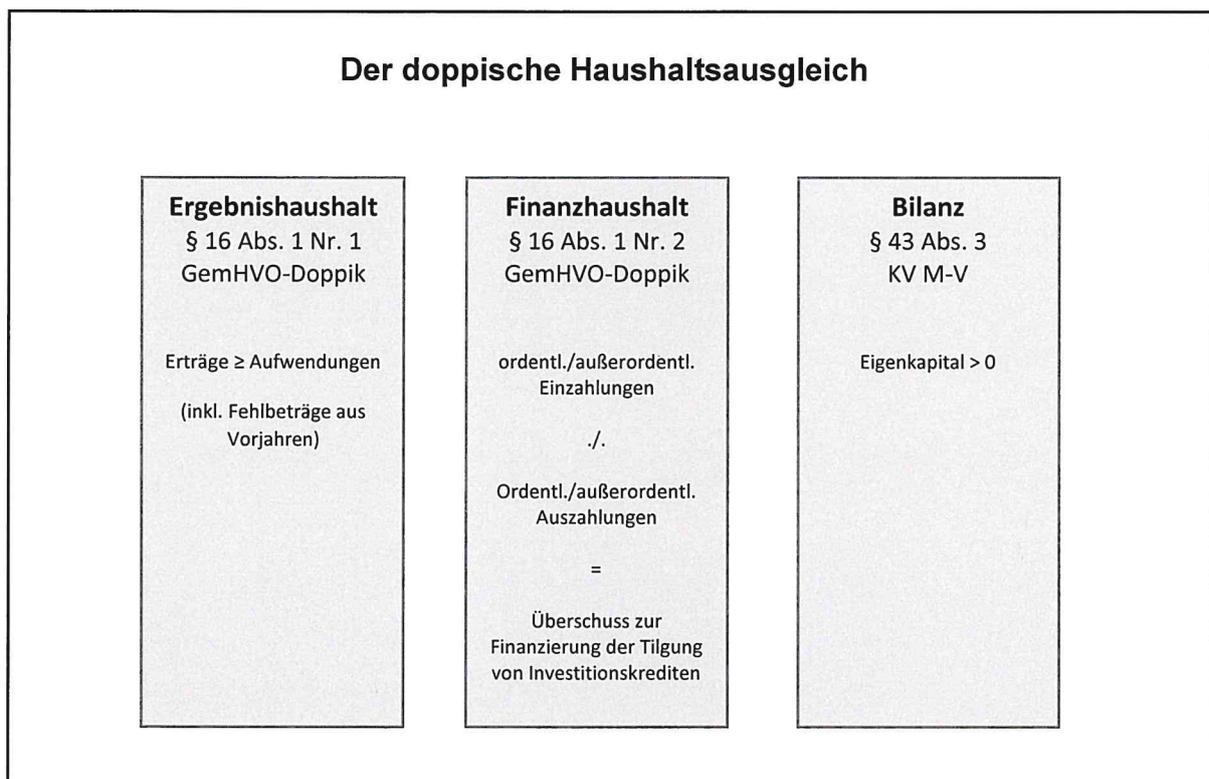
Der Hebesatz der Grundsteuer A beträgt im Jahr 2022 340 v. H. und liegt somit 11 Hebesatzpunkte über dem gewogenen Durchschnittshebesatz.

Der Hebesatz der Grundsteuer B beträgt im Jahr 2022 410 v. H. und liegt somit 24 Hebesatzpunkte über dem gewogenen Durchschnittshebesatz.

## 4. Zielsetzung, Bindungswirkung und Handlungsfelder

### 4.1. Zielsetzung

Ziel des Haushaltssicherungskonzeptes ist es, die Gemeinde Bredenfelde wieder in die Lage zu versetzen, ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben unter Beachtung der Generationengerechtigkeit nachhaltig gesichert ist (vgl. § 43 KV M-V). Mit dieser Zielstellung geht die dauerhafte Erreichung des Haushaltsausgleiches im Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt einher. Des Weiteren soll eine bilanzielle Überschuldung verhindert werden.



### 4.2. Bindungswirkung

Die Erreichung der Haushaltskonsolidierung ist im Rahmen eines jährlich fortzuschreibenden Haushaltssicherungskonzeptes zu dokumentieren. Das beschlossene Haushaltssicherungskonzept ist Handlungsmaßgabe für die Verwaltung und bindet die Gemeindevertretung sowie deren Ausschüsse bei allen Beschlüssen. Anträge und Beschlussfassungen gemäß § 31 Absatz 2 KV M-V, die Maßnahmen des Konzeptes entgegenstehen bzw. deren Umsetzung verhindern oder verzögern, sind rechtswidrig, soweit nicht unmittelbar zusätzliche, gleichermaßen geeignete Maßnahmen zur Haushaltssicherung beschlossen werden. Als Maßnahmen der Gemeinde gelten in diesem Zusammenhang keine Mehreinnahmen und/oder Minderausgaben, deren Entwicklung die Stadt nicht beeinflussen kann. Diese sind zusätzlich zur Reduzierung der Fehlbeträge heranzuziehen.

Mit der Umsetzung von auf dieser Basis zulässigen Beschlüssen kann erst nach Umsetzung der kompensierenden zusätzlichen Haushaltssicherungsmaßnahmen begonnen werden. Anträge sowie Beschlussvorlagen der Verwaltung, die die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes verzögern oder diesen entgegenstehen, müssen zusätzliche neue Maßnahmen benennen, die die entstehenden Mehrausgaben oder Mindereinnahmen vollständig kompensieren. Dabei ist auf die Eignung der neuen Maßnahmen einzugehen.

Die Gemeindevertretung ist mindestens jährlich über den Stand der Haushaltskonsolidierung und die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zu unterrichten. Des Weiteren sind Beschlussvorlagen, die mit finanziellen Auswirkungen verbunden sind, mit den Vorgaben und Zielen des Haushaltssicherungskonzeptes abzustimmen. Ein entsprechender Nachweis hat in der Beschlussvorlage zu erfolgen.

### 4.3. Handlungsfelder

Im Haushaltssicherungskonzept sind Maßnahmen darzustellen, durch die der Haushaltsausgleich erreicht und eine geordnete Haushaltswirtschaft auf Dauer sichergestellt werden soll. Als Orientierungshilfe werden in diesem Zusammenhang vom Ministerium für Inneres und Sport M-V immer wieder nachfolgende Konsolidierungsbereiche genannt, aus denen Maßnahmen zur Erhöhung der Erträge/Einzahlungen und Maßnahmen zur Senkung der Aufwendungen/Auszahlungen abzuleiten sind:

1. Anpassung der Hebesätze vor allem der kreisangehörigen Gemeinden mindestens auf den Durchschnitt dieser Ebene;
2. verstärkte kommunale Zusammenarbeit in einzelnen Arbeitsbereichen wie z. B. Zusammenlegung der Leitstellen, Katasterämter, Musikschulen und Volkshochschulen, im Bereich der Bußgeldstellen, der Personalverwaltung, im Bereich Soziales und der EDV;
3. Erhebung von Ausgleichsbeiträgen für Sanierungsgebiete;
4. Erhebung von Sondernutzungsgebühren;
5. Höhe der Gebühren z. B. der Stadtbücherei überprüfen: Erhebung einer zusätzlichen Gebühr für die Ausleihe elektronischer Medien (CD, DVD);
6. Maßvolles Entgelt für die Nutzung der Sporthalle für den Erwachsenensport;
7. Erhebung von Strandnutzungsgebühren für Einwohnerinnen und Einwohner in Tourismusgemeinden;
8. Überprüfung der Höhe der Fremdenverkehrsabgabe;
9. regelmäßige Überprüfung der in die Gebühren der kostenrechnenden Einrichtungen einfließenden Verwaltungskostenbeiträge;

10. regelmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung der Höhe der Erbbauzinsen;
11. regelmäßige Überprüfung der Entgelte für die Nutzung der eigenen Räumlichkeiten der Kommune durch Dritte;
12. Nutzung von Einsparmöglichkeiten bei freiwerdenden Stellen durch Prüfung, ob die Stelle ganz oder teilweise eingespart werden kann bzw. eine mehrmonatige Wiederbesetzungssperre erfolgt;
13. Überprüfung des Versicherungsschutzes der Gemeinde;
14. Verzicht auf Ausschöpfung der Höchstsätze für Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder;
15. regelmäßige und gebündelte Ausschreibung von Wartungsverträgen für technische Anlagen;
16. regelmäßige und gebündelte Ausschreibung von Lieferverträgen für Medienversorgung (z.B. Energie);
17. Überprüfung der Gewährung von Leistungen für Kosten der Unterkunft (Einhaltung der Mietobergrenze, Heizungs- und Betriebskostenabrechnung);
18. Überprüfung der Standards bei der Pflege öffentlicher Grünflächen;
19. Einbeziehung der Sondervermögen und Gesellschaften in die Haushaltskonsolidierung durch Prüfung der Möglichkeiten einer Verbesserung der Ertragslage, Erhöhung der Gewinnabführung an den Haushalt oder Reduzierung des Zuschussbedarfs aus dem Haushalt;
20. Zusammenarbeit von Verwaltungen bei einzelnen Aufgabenbereichen, insbesondere von Verwaltungen des Umlandes von zentralen Orten mit der Verwaltung des zentralen Ortes.

Die aufgezählten Handlungsfelder bzw. Konsolidierungsbereiche wurden im Rahmen der Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes geprüft und bei Eignung als Konsolidierungsvorschlag aufgenommen.

## 5. Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

In der nachfolgenden Übersicht werden jene Maßnahmen beschrieben, die im Haushaltssicherungskonzept 2021 enthalten waren. Hierbei werden die haushaltswirksamen Effekte einer jeden Maßnahme ebenso dargestellt, wie die eingeleiteten Umsetzungsmaßnahmen und die Gründe für einen möglichen Verzug. Des Weiteren erfolgt eine Fortschreibung bzw. Aktualisierung noch nicht umgesetzter Maßnahmen.

## 5.1. Umsetzung der Konsolidierungsvorschläge 2020/2021

## 5.1.1. Erträge und Einzahlungen

Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Begründung	Plan 2020	Plan 2021	Ist per 31.12.2021	Konsolidierungseffekt (zu 2021)		Planansätze 2022 ff.	
							Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025
				in €						
11402	44110000	Liegenschaften – Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	Anpassung der Pachtverträge für landwirtschaftl. Nutzflächen an durchschnittliche Pachtpreise im Amt Stavenhagen seit dem Jahr 2018/2019	4.000	4.000	4.340,36	4.000	4.000	4.000	4.000
11402	64110000	Liegenschaften – Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	<b>Das Konsolidierungsziel konnte erreicht werden</b>	4.000	4.000	4.340,36	4.000	4.000	4.000	4.000
61100	40111000	Steuern, allgemeine Zuweisungen Grundsteuer A	Erhöhung der Grundsteuer A seit dem 01.01.2020 auf 340 v. H.	10.000	8.000	8.997,52	8.000	10.300	10.300	10.300
61100	60111000	Steuern, allgemeine Zuweisungen Grundsteuer A	<b>Das Konsolidierungsziel konnte erreicht werden</b>	10.000	8.000	8.878,33	8.000	10.300	10.300	10.300
61100	40121000	Steuern, allgemeine Zuweisungen Grundsteuer B	Erhöhung der Grundsteuer B seit 01.01.2020 auf 410 v. H.	13.400	14.000	14.949,77	14.000	14.000	14.000	14.000
61100	60121000	Steuern, allgemeine Zuweisungen Grundsteuer B	<b>Das Konsolidierungsziel konnte erreicht werden</b>	13.400	14.000	14.654,26	14.000	14.000	14.000	14.000

Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Bredenfelde

61100	40131000	Steuern, allgemeine Zuweisungen Gewerbesteuer	Erhöhung der Gewerbesteuer seit 01.01.2020 auf 365 v. H.	1.000	4.000	16.612,36	4.000	3.000	3.000	3.000
61100	60131000	Steuern, allgemeine Zuweisungen Gewerbesteuer	<b>Das Konsolidierungsziel konnte erreicht werden</b>	1.000	4.000	16.833,49	4.000	3.000	3.000	3.000
57302	44110000	Gemeindehaus Bredenfelde Miete, Pachten, Erbbauszinsen	Überprüfung und Anpassung der Nutzungsentgelte kommunaler Einrichtungen	400	400	370,00	400	500	500	500
57302	64110000	Gemeindehaus Bredenfelde Miete, Pachten, Erbbauszinsen	<b>Das Konsolidierungsziel konnte nicht erreicht werden – coronabedingt weniger Vermietungen</b>	400	400	370,00	400	500	500	500
Summe Planansätze und IST-Vergleich (EHH)				28.800	30.400	45.270,01	30.400	31.800	31.800	31.800
Summe Planansätze und IST-Vergleich (FHH)				28.800	30.400	45.816,44	30.400	31.800	31.800	31.800
Konsolidierungseffekt Ergebnishaushalt						16.470,01		3.000	3.000	3.000
Konsolidierungseffekt Finanzhaushalt						17.016,44		3.000	3.000	3.000

Der Konsolidierungseffekt lag planmäßig bei jeweils 1.600 € und liegt im Ergebnishaushalt bei 16.470 € und im Finanzhaushalt bei 17.016 €. Das Konsolidierungsziel 2021 wurde im Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt erreicht.

Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Bredenfelde

5.1.2. Aufwendungen und Auszahlungen

Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Begründung	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Ist per 31.12.2021	Konsolidierungseffekt (zu 2021) Planansätze 2022 ff.				
								Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	
in €												
54100	52260000	Gemeindestraßen Aufwendungen für Strom	Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED 2019	5.000	5.000	5.000	2.690,00	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
54100	72260000	Gemeindestraßen Aufwendungen für Strom	<b>Das Konsolidierungsziel konnte erreicht werden</b>	5.000	5.000	5.000	2.690,00	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
54100	52339000	Gemeindestraßen Unterhaltung Straßenbeleuchtung	Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED 2019	6.000	2.500	2.500	1.119,20	6.000	5.000	5.000	5.000	5.000
54100	72339000	Gemeindestraßen Unterhaltung Straßenbeleuchtung	<b>Das Konsolidierungsziel konnte erreicht werden</b>	6.000	2.500	2.500	1.119,20	6.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Summe Planansätze und IST-Vergleich (EHH)				11.000	7.500	7.500	3.809,20	10.000	9.000	9.000	9.000	9.000
Summe Planansätze und IST-Vergleich (FHH)				11.000	7.500	7.500	3.809,20	10.000	9.000	9.000	9.000	9.000
Konsolidierungseffekt Ergebnishaushalt							7.190,80	1.000	2.000	2.000	2.000	2.000
Konsolidierungseffekt Finanzhaushalt							7.190,80	1.000	2.000	2.000	2.000	2.000

Der Konsolidierungseffekt zum Jahr 2019 lag planmäßig jeweils bei 3.500 € liegt sowohl im Ergebnishaushalt als auch im Finanzhaushalt bei 7.190,80 €.

## 5.2. Neue Konsolidierungsvorschläge

In der folgenden Übersicht werden Maßnahmen beschrieben, mit deren Hilfe die bestehenden Fehleinträge im Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt dauerhaft abgebaut werden sollen. Die Konsolidierungsvorschläge werden produktbezogen dargestellt. Soweit sich ein Konsolidierungsvorschlag auf den Ergebnishaushalt und den Finanzhaushalt auswirkt, werden sowohl das Ertrags- und Einzahlungskonto bzw. das Aufwands- und Auszahlungskonto aufgeführt.

Mit Hilfe des in der Tabelle dargestellten Konsolidierungseffektes soll aufgezeigt werden, welche "Mehreinnahme" oder „Minderausgabe“ sich in den Haushaltsfolgejahren gegenüber dem Haushalt 2021 ergibt.

5.2.1. Erträge und Einzahlungen

Produkt	Konto	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Begründung der Änderung ab 2023	Ansatz	Veränderung	Ansatz	Ansatz
			2021	2022		2023	2022 zu 2023	2024	2025
61100	40111000	Grundsteuer A	8.000	8.000	Erhöhung des Hebesatzes auf 20 % Punkte über den gewogenen Durchschnitts- hebesatz von 340 % auf 349 %	10.300	2.300	10.300	10.300
61100	60111000	Grundsteuer A	8.000	8.000		10.300	2.300	10.300	10.300
		<b>Summe Ergebnishaushalt</b>	<b>8.000</b>	<b>8.000</b>		<b>10.300</b>	<b>2.300</b>	<b>10.300</b>	<b>10.300</b>
		<b>Summe Finanzhaushalt</b>	<b>8.000</b>	<b>8.000</b>		<b>10.300</b>	<b>2.300</b>	<b>10.300</b>	<b>10.300</b>
		<b>Konsolidierungseffekt EHH</b>				<b>2.300</b>		<b>2.300</b>	<b>2.300</b>
		<b>Konsolidierungseffekt FHH</b>				<b>2.300</b>		<b>2.300</b>	<b>2.300</b>

Der Konsolidierungseffekt beträgt bei den Erträgen und bei den Einzahlungen jeweils 2.300 €.

5.2.2. Minderaufwendungen und -auszahlungen

Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Begründung	Plan 2021	Plan 2022	Konsolidierungseffekt	in €			
							Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Konsolidierungseffekt (zu 2021)
11401	52311000	Gemeindebüro Aufwendungen für Unterhaltung der Grundstücke	Einsparungen bei den Aufwendungen und Auszahlungen	200	100	100	100	100	100	100
11401	72311000	Gemeindebüro Auszahlungen für Unterhaltung der Grundstücke		200	100	100	100	100	100	100
11401	52321000	Gemeindebüro Aufwendungen für Bewirtschaftung der Grundstücke	Einsparungen bei den Aufwendungen und Auszahlungen	300	200	100	200	200	200	200
11401	72321000	Gemeindebüro Auszahlungen für Bewirtschaftung der Grundstücke		300	200	100	200	200	200	200
54100	52260000	Gemeindestraßen Aufwendungen für Strom	Einsparungen bei den Aufwendungen und Auszahlungen durch Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED	5.000	4.000	1.000	4.000	4.000	4.000	4.000
54100	72260000	Gemeindestraßen Auszahlungen für Strom		5.000	4.000	1.000	4.000	4.000	4.000	4.000
Summe Planansätze und IST-Vergleich (EHH)				5.500	4.300	1.200	4.300	4.300	4.300	4.300
Summe Planansätze und IST-Vergleich (FHH)				5.500	4.300	1.200	4.300	4.300	4.300	4.300
Konsolidierungseffekt Ergebnishaushalt						1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
Konsolidierungseffekt Finanzhaushalt						1.200	1.200	1.200	1.200	1.200

Der Konsolidierungseffekt in 2022 liegt bei den Aufwendungen und den Auszahlungen jeweils bei 1.200 €.

### 5.3. Konsolidierungseffekte bis 2025

Die neu in das Haushaltssicherungskonzept aufgenommenen Konsolidierungsvorschläge führen ab dem Jahr 2022 zu einer Verbesserung des Ergebnishaushaltes und des Finanzhaushaltes der Gemeinde Bredenfelde. Das bis zum Jahr 2025 berechnete Konsolidierungspotenzial beläuft sich auf insgesamt 11.700 € im Ergebnis- und Finanzhaushalt.

Konsolidierungseffekt	2022	2023	2024	2025
Mehrerträge	0 €	2.300 €	2.300 €	2.300 €
Mehreinzahlungen	0 €	2.300 €	2.300 €	2.300 €
Minderaufwendungen	1.200 €	1.200 €	1.200 €	1.200 €
Minderauszahlungen	1.200 €	1.200 €	1.200 €	1.200 €
Konsolidierungspotential Ergebnishaushalt	1.200 €	3.500 €	3.500 €	3.500 €
	11.700 €			
Konsolidierungspotential Finanzhaushalt	1.200 €	3.500 €	3.500 €	3.500 €
	11.700 €			

Mit Hilfe der vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltssicherung ist es nicht möglich das strukturelle Defizit in beiden Haushaltsteilen erheblich zu reduzieren. Ein dauerhafter Ausgleich des Ergebnishaushaltes und des Finanzhaushaltes kann innerhalb des geforderten Konsolidierungszeitraumes nicht erreicht werden. An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass der gesamte Prozess der Haushaltskonsolidierung von Risikofaktoren beeinflusst wird, die von der Gemeinde Bredenfelde nicht oder nur bedingt gesteuert werden können.

So können eine Erhöhung der Kreisumlage oder eine Übertragung von neuen Aufgaben durch das Land die Konsolidierungsbemühungen der Gemeinde negativ beeinflussen und Konsolidierungserfolge mitunter sogar aufheben. Auch muss hier auf die momentane politische Lage hingewiesen werden, die eine Einschätzung der Energieaufwendungen und -auszahlungen erheblich erschwert.

Im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes muss es das Ziel sein, das strukturelle Defizit im Finanz- und Ergebnishaushalt weiter zu verringern. Ein Abbau des strukturellen Defizits kann nur über eine Verbesserung des „Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen“ erreicht werden. Dies setzt voraus, dass alle Einnahmequellen und Möglichkeiten der Ausgabereduzierung ausgeschöpft werden. Eine Verbesserung des „Saldos der laufenden Erträge und Aufwendungen“ würde sich ebenso positiv auf den Ergebnishaushalt auswirken.

Gleichzeitig ist im Rahmen der Haushaltskonsolidierung darauf hinzuwirken, dass Investitionen nur noch dann getätigt werden, wenn sie ohne neue Kreditaufnahmen finanziert werden können, da jede Kreditaufnahme das strukturelle Defizit über die sich anschließende Tilgung weiter erhöht. Kreditaufnahmen für Investitionsmaßnahmen sollten in Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation im Finanzhaushalt nur noch in folgenden Fällen erfolgen:

- zur Finanzierung rentierlicher Vorhaben, wenn auch die Folgekosten durch Einnahmen gedeckt werden, bzw. maßnahmenbedingt Minderausgaben auf Dauer nachgewiesen

werden; rentierliche gebührenfinanzierte Maßnahmen sind solche, die den laufenden Haushalt auch in Zukunft entlasten;

- zur Finanzierung sachlich und zeitlich unabweisbar notwendiger Ersatzinvestitionen, soweit diese nicht aus Eigenmitteln finanziert werden können;
- im Einzelfall unter Nachweis der Wirtschaftlichkeit, wenn dieses durch aussagekräftige Unterlagen nach den Vorgaben des § 9 Abs. 2 und 3 GemHVO belegt ist (vorherige Kosten-Nutzenanalyse, Veranschlagungsreife).

Im Bereich der Investitionen ist ebenfalls zu berücksichtigen, dass Maßnahmen, die ohne Fördermittel durchgeführt werden, vollständig über den Ergebnishaushalt abgeschrieben werden und damit auch dort den Haushaltsausgleich erschweren.

#### 5.4. Konsolidierungshilfen nach § 27 FAG M-V

Mit dem vorgesehenen Gesetz zur Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze wird in Artikel 1, § 27 FAG M-V die Rechtsgrundlage geschaffen, nach der grundsätzlich künftig alle Gemeinden, die negative Salden der laufenden Ein- und Auszahlungen ausweisen, in einem Zeitraum von längstens zehn Jahren den Ausgleich des Finanzhaushaltes erreichen können.

Entsprechend § 27 FAG M-V sind unter folgenden Voraussetzungen nachfolgende Zuweisungen möglich:

##### 1. Konsolidierungszuweisung

Voraussetzung:

- negativer Vortrag der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Haushaltsvorjahren, aber im Haushaltsjahr aus eigener Kraft einen jahresbezogenen positiven Saldo zur Rückführung des Vortrags

##### 2. Sonderzuweisung

Voraussetzung:

- Kommune seit mindestens drei Haushaltsjahren sowohl insgesamt als auch jahresbezogen negative Salden der laufenden Ein- und Auszahlungen
- Die Hebesätze für Realsteuern im Haushaltsvorjahr müssen mindestens 20 Hebesatzpunkte über dem gewogenen Durchschnittshebesatz nach § 27 Absatz 4 Satz 4 FAG M-V-E liegen
- Umsetzung des beschlossenen Haushaltssicherungskonzepte und die auf den Haushaltsausgleich gerichteten rechtsaufsichtlichen Entscheidungen

Die Gemeinde Bredenfelde erfüllt mit dem vorliegenden Haushalt 2022 die o.g. Voraussetzungen für die Sonderzuweisung, so dass im Jahr 2022 entsprechende Anträge gestellt werden.

## 6. Fazit und Ausblick

Mit der rechtsaufsichtlichen Entscheidung zur Haushaltssatzung 2022 vom 20.07.2022 hat die untere Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte die Gemeinde Bredenfelde dazu verpflichtet, das Haushaltssicherungskonzept fortzuschreiben. In Ausführung dieser rechtsaufsichtsbehördlichen Anordnung wurden Konsolidierungsvorschläge erarbeitet, die im Haushalt 2022 und im Haushaltssicherungskonzept berücksichtigt wurden.

Mit Hilfe dieser Vorschläge konnte noch keine Verbesserung der Haushaltssituation bis zum Jahr 2025 erreicht werden, das strukturelle Defizit im Ergebnis- und Finanzhaushalt lässt sich nicht abbauen. Dies hat zur Folge, dass die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Bredenfelde nicht gegeben ist. Die Frage, wann der Haushaltsausgleich in beiden Haushaltsteilen wieder erreicht wird, kann auch im vorliegenden Haushaltssicherungskonzept nicht beantwortet werden. Ein entsprechender Konsolidierungszeitpunkt muss in den Folgejahren im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes ermittelt werden.

In diesem Zusammenhang ist jedoch festzuhalten, dass eine Rückgewinnung der dauernden Leistungsfähigkeit nicht ausschließlich über Steuererhöhungen, neue Abgaben oder über eine weitere Verschuldung möglich ist. Im Bereich der Aufwendungen/Auszahlungen sind aus heutiger Sicht nur noch im geringen Umfang Einsparpotentiale zu realisieren. Die Einsparungen würde den Instandhaltungstau weiter verschärfen. Es ist anzumerken, dass die Aufwendungen und Auszahlungen für pflichtige Aufgaben stark steigen, im Gegensatz dazu steigen die Einnahmen jedoch nicht in gleicher Höhe.

Investive Maßnahmen sind auf ein Minimum beschränkt und werden i.d.R. nur mit entsprechendem Fördermittel durchgeführt. Die dadurch im investiven Bereich freigesetzten Mittel sollen mit Genehmigung der Rechtsaufsicht in den laufenden Haushalt überführt werden.

Bei den zukünftigen Haushaltsplanungen wird verstärkt auf die laufenden Ein- und Auszahlungen bzw. Aufwendungen und Erträge der pflichtigen Aufgaben geachtet, bevor freiwillige Ein- und Auszahlungen bzw. Aufwendungen und Erträge und Investitionen geplant werden, welche nicht bereits einer bestehenden Rechtsverbindlichkeit unterliegen.